

BRD sowie Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD.

Nach unseren Informationen gibt es einen ersten Entwurf des Gesetzes, der dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft bisher nicht offiziell übergeben wurde. Aufgrund dessen kann kein Standpunkt **der Regierung** dargestellt werden.

Vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft werden zur Einführung eines Ingenieurgesetzes folgende Positionen vertreten:

1. Die Erarbeitung eines Ingenieurgesetzes muß eingeordnet werden in den Artikel Bildung des Einigungsvertrages. In diesem ist geregelt, daß in der DDR erworbene schulische, berufliche und akademische Abschlüsse oder Befähigungsnachweise im Gebiet der bisherigen DDR uneingeschränkt weiter gelten.
2. Ausgehend vom BRD-Recht wird grundsätzlich unterstützt, daß in einem Ingenieurgesetz geregelt werden soll, welcher Ingenieur berechtigt ist, sich mit Sonderqualifikationen auszuweisen. Solche Sonderqualifikationen wie z. B. „Beratender Ingenieur“ oder „öffentlich bestellter und vereidigter Ingenieur“ gab es bisher in der DDR nicht.
3. Da in der BRD Sonderqualifikationen des Ingenieurs in Ländergesetzen geregelt sind, erscheint eine rechtliche Regelung erforderlich. Es wäre zu klären, ob die Verabschiedung eines Gesetzes unbedingt erforderlich ist.

Antwort des geschäftsführend beauftragten Staatssekretärs im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, Herrn **Niehof**, auf die Frage des Abgeordneten **Thomas von Ryssel** (F.D.P.) - Drucksache Nr. 218 -

Frage 17

Was ist eingeleitet, um den Telefonverkehr zu verbessern?
Wann greifen diese Maßnahmen?

Antwort

Einleitende Gedanken

Auf Grund einer in der Vergangenheit völlig unzureichenden Erweiterungs- und Erneuerungsrate befindet sich das staatliche Fernmeldenetz in diesem Teil Deutschlands in einem den Anforderungen und Bedürfnissen nicht annähernd entsprechenden und desolaten Zustand.

Die alarmierende Entwicklung und die insgesamt negativen Auswirkungen für die Wirtschaft und die Bevölkerung dieses Landes, vom MPF der damaligen Partei- und Staatsführung wiederholt vorgestellt, blieben unbeachtet.

Die vom Telekommunikationsbereich der Deutschen Post erwirtschafteten Gewinne dürften nicht zur Entwicklung der Infrastruktur verwendet werden.

Erst die gesellschaftspolitische Wende im Jahre 1989 führte dazu, daß mit wesentlicher Unterstützung der Deutschen Bundespost TELEKOM ein Programm, das Crash - Programm „Telekom 2000“, entstand. Die ehrgeizigen Zielstellungen beinhalten, daß mit einem Aufwand von 55 Mrd. DM im Jahre 1997 in den Regionen der derzeitigen DDR der Stand der Telekommunikations-Infrastruktur der Deutschen Bundespost TELEKOM von heute und bis zum Jahr 2000 Gleichstand im Entwicklungsniveau erreicht wird.

Ausgangssituation

Mit Stand vom 30.6. 1990 waren insgesamt 1851450 Telefonhauptanschlüsse vorhanden.

Fast 1300 000 nicht realisierte Anträge mit einer Wartezeit bis zu 20 Jahren liegen bei der Deutschen Post TELEKOM vor.

Die Versorgung mit öffentlichen Sprechstellen ist im gesamten Versorgungsbereich betrachtet unzureichend. Etwa 25000

Münzfernsprecher bestehen. In mehr als 3 500 Landgemeinden und Siedlungen bis zu 2500 Einwohnern gibt es keine Münzfernsprecher.

Mit Stand vom 1. Dezember 1989 bestanden zwischen der DDR und der BRD 111 Fernsprechleitungen. Zwischen Ost- und Westberlin waren es 95. Unzumutbare Wartezeiten der Fernsprechkunden waren die Folge.

Was ist eingeleitet um den Telefonverkehr zu verbessern? Wann greifen diese Maßnahmen?

Das Crash-Programm sieht zu Entwicklung marktwirtschaftlicher Chancen und der Eröffnung der Wettbewerbsfähigkeit für die Wirtschaft und für die Bürger die Einrichtung von 7,2 Mio **Telefonhauptanschlüssen** in folgenden Jahresscheiben vor:

1990	100.000 (bisher jährlich 60.000)
1991	300.000
1992	500.000
1993	800.000
1994	1.200.000
1995	1.400.000
1996	1.400.000
1997	1.500.000

Es sind die Einrichtung von 60000 neuen **Öffentlichen Sprechstellen**, davon 18000 Münzfernsprechern und 42000 Kartentelefone, vorgesehen. Die ersten 100 Kartentelefone wurden am 30. 1990 in Leipzig in Betrieb genommen.

Weitere Kartentelefone gehen noch im Jahre 1990 in Dresden und in Ostberlin in Betrieb.

Mit Stand vom 29.8.1990 bestehen nunmehr 1366 Leitungen zwischen der DDR und der BRD, also 13x mehr und mit 465 Leitungen von Ost- nach Westberlin fast 5x so viele als noch im Dezember 1989.

Z. Z. sind 280 **grenzüberschreitende Telefonanschlüsse** zwischen Ost- und Westberlin geschaltet. Der Deutschen Post Telekom liegt eine Vielzahl von Anträgen für weitere Anschlüsse vor. Die Realisierung dieser Anträge kann nach der Inbetriebnahme eines 800-paarigen Cu-Kabels zwischen den beiden Teilen Berlins noch im September 1990 erfolgen. Noch 1990 werden 7 weitere Cu-Kabel mit 500 DA (1) und 200 DA (6) in Betrieb genommen.

Als Alternative zum unzureichenden Versorgungszustand mit Telefonhauptanschlüssen wird das bestehende C-Mobilfunknetz (Funktelefon installiert in Fahrzeugen oder als tragbare Variante) der Deutschen Bundespost auf das Versorgungsgebiet der derzeitigen DDR ausgedehnt.

Die bereits versorgten Gebiete Leipzig und Berlin werden noch im August erweitert. Im September 1990 wird der Funkbetrieb auf dem Autobahnabschnitt Helmstedt - Magdeburg einschließlich der Bezirksstadt aufgenommen. Es folgen Erfurt im Oktober und Dresden, Chemnitz, Zwickau, Schwerin und Rostock spätestens bis zum Dezember dieses Jahres.

Ende des Jahres wird auch das Kleinzellennetz Berlin in Betrieb genommen und damit eine wesentliche Kapazitätserweiterung erreicht. Im Januar folgt der Autobahnstreckenabschnitt von Magdeburg - Berlin.

Anschließend wird der Aufbau des C-Netzes 1991 zügig fortgesetzt mit dem Ziel, alle Ballungsgebiete bis Mitte 1991 zu erreichen und bis Ende des Jahres das ganze Gebiet der DDR im wesentlichen zu versorgen. Damit wird Geschäftsleuten eine Kommunikationsform angeboten, die ihre Wettbewerbsfähigkeit wesentlich erhöht.

Die Deutsche Post Telekom wird in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundespost Telekom vorübergehend und in begrenztem Umfang Telefonanschlüsse an das Netz der Deutschen Bundespost Telekom bereitstellen, die über Satellit grenzüberschreitend ferngeschaltet werden (DIVA). Bereits zur Leipziger